

schen Zeitung. Natürlich habe die Vorstellung Charme, dass aus allen Minijobs künftig besser bezahlte Jobs werden könnten. Doch dazu werde es nicht kommen. „Zum einen, weil viele der Minijobber gar nicht mehr Stunden arbeiten können oder wollen. Vor allem aber, weil in vielen Minijobs nicht genug erwirtschaftet wird, um daraus einen voll sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz zu machen“, sagte Kluge,



Einer Studie zufolge ist fast ein Viertel der Beschäftigten im Niedriglohnsektor tätig.

FOTO: DPA

erhalten“ bleiben.

Kluge räumte ein: Zwar habe sich die Hoffnung, dass sich Minijobs zu einer Brücke in den ersten Arbeitsmarkt entwickeln würden, nur zum Teil erfüllt. Doch hätten sie die Attraktivität von Beschäftigungsverhältnissen im Niedriglohnbereich erhöht. „Und das war schließlich ein weiteres wichtiges Ziel, das man mit der Einführung der Minijob-Regeln verfolgte“, sagte Kluge.

Auch Union und FDP warnten vor den Folgen einer Herabsetzung der Verdienstgrenzen. „Wer Minijobs auf 100 Euro beschränkt, nimmt den Menschen die Einstiegsmöglichkeit in reguläre Beschäftigungsverhältnisse und hindert sie am sozialen Aufstieg“, sagte der CDU-Mittelstandspolitiker Josef Schlarmann. „Der überwiegende Anteil der Minijobber wür-

bunds. Arbeitgeber würden demnach ab dem ersten Euro in voller Höhe Sozialabgaben zahlen. Die Beschäftigten müssten auch ab dem ersten Euro Sozialabgaben abführen, die aber nur langsam bis zu einem Einkommen von 800 Euro auf den vollen Arbeitnehmeranteil steigen würden. Kramme sagte, über den Vorschlag der Grünen lasse sich reden. „Wir sind bereit, darüber nachzudenken.“ > Seite 4 DANIELA KUHR

ben“, sagte gilt eine Delgierung als an der Siege

Stöß hat Grüne „die zen“, wenn mehr Stim FDP. „Dan zum Kanzele im dritten Nachrichter Parteilinker zum engere mokraten u Bundesvors spiel der r rung in No Ministerprä (SPD) „mut ein für die S land zurück regierung ir ten „nicht zw hängig, son bei allen Fr

Als Reak Linkspartei bruar eine on per Toler Linkspart Partei durcl gebracht, si derheitsreg Kanzler mit gesspiegel, e rio, in dem : will keine 1 uns nicht.“ für Union u ne eine abs

Die Bund kanzler wer absoluten 1 Bundestage ten Wahlgar solute Meh einfache M dann beim E den, ob er d nennt oder um Neuwah

Verklagt von Kommunisten

Die Marxistisch-Leninistische Partei bringt einen ehemaligen Verfassungsschützer vor Gericht. Die Kleinpartei sieht sich verunglimpft

Essen – Der Vorsitzende des Zentralkomitees der Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands trägt einen roten Pulli mit einem Hemdkragen darüber und ist bester Dinge. Möge es mit der Weltrevolution im Moment ein wenig haken, an diesem Donnerstag hat Stefan Engel zumindest einen ganzen Gerichtssaal mit Zuhörern. Und eine Richterin, die ihm zumindest nicht ganz so ablehnend gegenübersteht, wie so manch anderes Organ der imperialistischen Bundesrepublik Deutschland.

Engel sitzt also ganz zufrieden auf der Klägersseite im Landgericht Essen, vor das er gezogen ist, um Passagen aus einem Buch verbieten zu lassen, das ein ehemaliger Verfassungsschützer geschrieben hat. Sie sei eine „in marxistisch-leninistische Parteiform gekleidete Sekte“ heißt es da unter anderem über die MLPD. Engel sagt hingegen: „Eine Partei, die sich selbst isoliert, macht sich kaputt. Wir sind wie der Fisch im Wasser, ganz normale Leute, die sie auf der Straße nicht erkennen würden.“ Auf den Zuschauerbänken sitzen ältere Männer mit Trekkingjacken und nicken. Man würde sie tatsächlich nicht erkennen, die Leute von der MLPD. So lange sie nicht zu reden anfangen.

Der Zeuge Ulrich B. war fast zwei Jahre in der Partei und sagt, die Zeit habe ihn verändert: „Wenn man mit Leuten in Kontakt kommt, die nicht proletarisch denken, versucht man sie zu bekehren oder negiert sie.“ Manchmal bekommt man an diesem

Vormittag den Eindruck, da sei ein sowjetisches U-Boot aufgetaucht, dessen Mannschaft noch nichts mitbekommen hat vom Schicksal des real existierenden Sozialismus. „Man wird angehalten, in Selbstorganisationen wie den DGB zu gehen, die proletarische Denkweise zu verbreiten, Führungsanspruch zu erheben und sich an die Spitze der Organisation zu setzen“, sagt der Zeuge Ulrich B. über die Ziele der MLPD. Die Frage ist nun, ob das einfach nur Unsinn ist. Oder gefährlicher Unsinn?

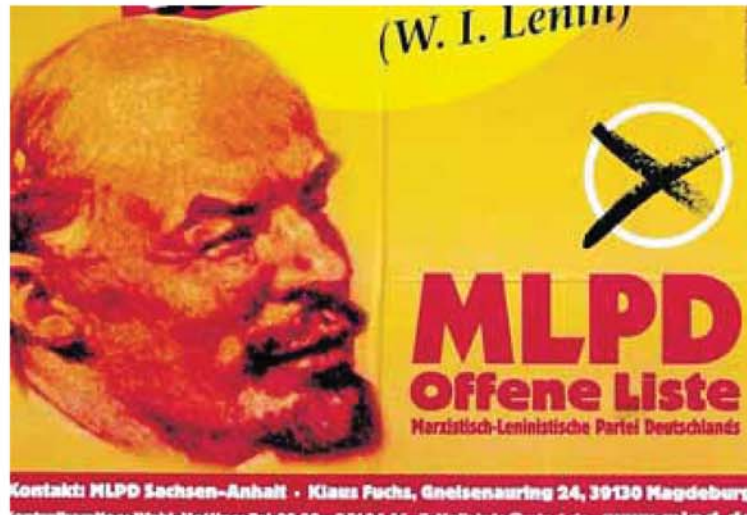
„Man hat nicht gedroht, mich zu erschießen“, sagt ein Zeuge.
„Das wäre auch Unsinn gewesen.“

Der Verfassungsschutz beobachtet die Partei mit ihren 2500 Mitgliedern seit Jahren. Rudolf van Hüllen war lange Referatsleiter Linksextremismus im Kölner Bundesamt für Verfassungsschutz und hat nach seinem Ausscheiden 2006 ein Buch geschrieben: „Linksextrem – Deutschlands unterschätzte Gefahr?“ Es erschien 2011, wenige Monate später wurde die Mordserie des NSU bekannt. Der Buchtitel gilt vielen nun als Beleg, dass der Verfassungsschutz viele Jahre in die falsche Richtung geschaut hat und seine Quellen nicht die besten waren. Und um Quellen geht es nun auch vor dem Landgericht. Viele andere Gerichte hätten die Passagen in dem Buch einfach als freie Meinungsäußerung

gewertet und die Klage verworfen. Nicht so das Gericht in Essen.

Wer sich wie die MLPD derart polemisch gegenüber Andersdenkenden äußere, „muss es auch hinnehmen, dass er in seinen politischen Aktionen kritisiert wird“, sagt der Anwalt des Autors, Gernot

Lehr, der auch Ex-Bundespräsident Christian Wulff vertritt. In der ersten mündlichen Verhandlung zogen Lehr und van Hüllen unter anderem Verfassungsschutzberichte heran, um zu belegen, dass die Partei einen „an die Vorbilder Stalin und Mao gemahnenden Personenkult“ betreibe. Et-



Rückgriff auf alte Helden: Ein Wahlkampfplakat der MLPD mit dem Bildnis des Gründers der Sowjetunion, Wladimir Iljitsch Lenin.

FOTO: AFP

wa die Hälfte der Passagen speise sich aus Quellen des Amtes, sagt van Hüllen. Verfassungsschutzberichte haben derzeit aber nicht den besten Ruf. Die Richterin will Tatsachenbeweise – für meist subjektive Meinungsäußerungen.

Also müht sich der Zeuge Ulrich B., der mittlerweile aus der Partei ausgetreten ist. Die Richterin interessiert sich überraschenderweise gar nicht, wer dieser Mensch überhaupt ist, wie lange er in der Partei war, warum er hier aussagt. Dafür entgleitet ihr die Sache nun ein wenig. Es geht eigentlich darum, ob die MLPD „unangekündigte Kontrollbesuche durch Funktionäre“ durchführt oder als Sekte bezeichnet werden kann. Drei Stunden lang erzählt der Zeuge aus dem Innenleben der Partei, bis hin zum gegenseitigen Haarschneiden. Dann darf der Vorsitzende des Zentralkomitees seine Sichtweise von Revolution und proletarischem Denken schildern. Die „unterschätzte Gefahr“ aus dem Buchtitel stellt man sich anders vor.

Der Zeuge Ulrich B. gibt zumindest zu Protokoll, er sei vor seiner Zeugenaussage am Telefon bedroht und als „Verfassungsschutzschwein“ bezeichnet worden. Die Anrufe seien von Telefonzellen gekommen, habe die Polizei ermittelt. Ob es weitere Bedrohungen gegeben habe? „Man hat mir nicht gedroht, mich zu erschießen, das wäre in diesem Zusammenhang auch Unsinn gewesen.“ Die MLPD-Mitglieder nicken nun heftig. BERND DÖRRIES